

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND

FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Das große antikapitalistische Wollen

Umbau der Wirtschaft: die Forderung der Gewerkschaften

In großen Massen deutscher Menschen ist ein Drang nach Andersgestaltung der Wirtschaft lebendig. Nicht nur die Arbeiter sind besetzt von dem Verlangen, das kapitalistische Wirtschaftssystem zu ändern und zu einem sozialistischen umzugestalten, sondern auch bürgerliche Mittelschichten streben nach einer Aenderung der Wirtschaftsordnung, weil sie ihnen keine Existenzmöglichkeit und Lebensgrundlage mehr bietet. Vor allem ist die bürgerliche Jugend von dem Willen durchdrungen, daß es anders werden muß. Ihr Drang nach Aenderung der Verhältnisse führte sie zu Hitler und nicht zur kämpfenden Arbeiterschaft. Das ist auch gar nicht anders zu erwarten gewesen; denn ungeschult, wie die bürgerliche Jugend in wirtschaftlichen und politischen Dingen war und ist, fiel sie der hitlerischen Demagogie anheim und die Hetze dieser Partei gegen die Arbeiterbewegung trug noch wesentlich zur Absonderung von der Arbeiterschaft bei. Wäre das nicht, könnten gerade die bürgerlichen Schichten mit ihrer Jugend für die neuen Wirtschaftsnotwendigkeiten gewonnen werden, aber so ließen sie sich mit nationalsozialistischen Scheinwirtschaftslehren betören. Für die Dauer sind aber auch diese Kreise nicht mit leeren Phrasen zufrieden, bei den Einsichtigen regt sich schon die Vernunft. Sie sind so ehrlich und bestehen auf der wirklich sozialistischen Tendenz, die sie in ihrer Bewegung schon vermissen.

Vor allem sehen die vernünftig gebildeten Leute im bürgerlichen Lager ein, daß eine Wirtschaft, die jahrelang Betriebe stillstehen und Millionen Arbeitshände in der ganzen Welt zum Fioren zwingt, nicht mehr einigen „Wirtschaftsführern“ allein überlassen werden kann. Sie erkennen auch, daß nicht ausgenutzte Betriebe volkswirtschaftlichen Verlust bedeuten. Genau wie die Arbeiter, sehen auch die ehrlichen Beurteiler im bürgerlichen Lager, daß die Warenerzeugung, die Warenverteilung und der Warenverbrauch nicht dem Bedarf nahe kommt und mit ihm in Einklang steht, trotzdem er sehr groß ist, und selbst in bester Konjunktur kaum befriedigt werden kann. Stätten für die Warenerzeugung sind vorhanden, der Handelsapparat auch, Rohstoffe gibt es im Überfluß, auch Arbeitshände genug, die Menschen haben aber kein Geld zur Deckung ihres Bedarfs, es mangelt ihnen an Kaufkraft. Hier ist der Hebel anzusetzen. Aber nichts geschieht. Die „Wirtschaftsführer“ lassen die Lücke im System bestehen, sie stellen keine Verbindung zwischen Warenerzeugung, Warenverteilung, Warenverbrauch und Bedarf her. Sie lassen die Hindernisse bestehen, weil sie ihr Profitsystem stützen, und lassen lieber Millionen Menschen in Not und Verzweiflung dahin vegetieren, als sie von sich aus etwas zur Aenderung beitragen.

Damit können die Besitzlosen nicht mehr verdrängt werden, sie erstreben deshalb eine Aenderung nicht etwa des Regierungssystems, sondern des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Bei der Arbeiterschaft ist dieses Wollen schon lange lebendig. Sie hat schon Jahrzehnte in diesem Kampf geführt und hat schon Erfahrung auf diesem Gebiete. Ihre Forderungen zur Umgestaltung der Wirtschaft übergaben die Gewerkschaften erst in jüngster Zeit der Öffentlichkeit. Aber im Trübel der politischen Kämpfe nahm die Öffentlichkeit nicht entsprechende Notiz. Gewerkschaftsforderungen sind

nicht für den Tag bestimmt. Sie gelten, solange es eine kapitalistische Wirtschaft gibt und müssen von allen verantwortlichen Stellen beachtet werden, solange der Umbau der Wirtschaft notwendig ist. Für die Gegenwart und für die nächste Zukunft ist das der Fall. Deshalb sehen sich die Gewerkschaften gezwungen, gerade in einer Zeit, in der Regierungsstellen Arbeit beschaffen und die Wirtschaft ankurbeln wollen, auf die Forderungen der Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft hinzuweisen. Die Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gab vor einigen Wochen das Heftchen mit den Forderungen der Gewerkschaften zum Umbau der Wirtschaft heraus, und jeder Arbeiter und jede Arbeiterin muß es in der Tasche haben; denn darin ist ihrem Wollen und Verlangen Ausdruck gegeben und ein Weg gewiesen, „der vom Elend des Heute in ein besseres Morgen führt“. Da die Arbeiterschaft nicht mehr allein das Verlangen hat, die Dinge wirtschaftlich zu ändern, und da die Neuordnung

der Wirtschaft nunmehr zur Existenzfrage des Volkes geworden ist, muß diese Aufgabe in Angriff genommen werden.

Die Hauptforderungen der Gewerkschaften sind auf die Schlüsselindustrien, die Bodenschätze, die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, die Energiewirtschaft, den gesamten Verkehrsapparat gerichtet; die Verstaatlichung des Bergbaues, der Eisenindustrie, der Großchemie, der Zementindustrie wird verlangt. Die gesamte Verkehrswirtschaft ist in den Besitz der öffentlichen Hand überzuführen. Kartell- und Monopolämter sind zu schaffen und eine planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion ist herzustellen. Jeder Arbeiter hat diese Forderungen zu unterstützen und zu propagieren.

Selbst Graf Reventlow, der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete, kommt zu der begrüßenswerten Auffassung, daß das Allerwichtigste ist: die Notwendigkeit einer bis auf den Grund gehenden Aenderung des jetzigen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Zustan-

des ist eine ziemlich brennende. Er drückt den Wunsch aus, daß eine alle Mißverständnisse aufklärende und alle Lügen beseitigende Tat die Scheidewände niederlegt und die Arbeitnehmer einigt in der Durchführung der Verstaatlichung des Bankwesens und der Großbetriebe.

Wir bezweifeln allerdings, daß die 230 Abgeordneten der Hitler-Partei im Reichstag für ein solches Gesetz stimmen dürften; denn dann würden die Gelder der Besitzenden ausbleiben, aber es ist immerhin bezeichnend zu hören, daß auch im Hitler-Lager noch Anhänger sozialistischer Tendenzen so denken und ihren Willen kund tun.

Die antikapitalistische Bewegung wächst. Programme zum Umbau der Wirtschaft sind vorhanden. Jetzt fehlt es nur noch an der Einheitlichkeit der Arbeitnehmer, ihr wirtschaftliches Wollen in politische Gesetze und in wirtschaftliche Taten umzuwandeln. Dafür tagaus, tagein zu kämpfen, ist unsere große Aufgabe als Gewerkschafter.

Die neuen Pläne der Papen-Schleicher-Regierung

Der Reichspräsident von Hindenburg lehnte es bekanntlich ab, Adolf Hitler eine Mussolini-Stellung in Deutschland einzuräumen und ihm die Führung der Regierung zu übergeben.

Dieser Umstand trug nun dazu bei, daß sich die Regierung Papen-Schleicher wieder sicherer im Sattel fühlt. Papen brachte es bereits zum Ausdruck, daß die gegenwärtige Regierung noch über Weihnachten hinaus im Amt bleiben werde.

Auf Geheiß des Reichspräsidenten ist das Reichskabinett dabei, in den Amtsstuben Pläne gegen die Nöte der Zeit ausarbeiten zu lassen. Die Arbeitslosigkeit soll eingedämmt und Arbeit beschafft werden. Programme sind also notwendig. Wenn man vornimmt, wie diese Programme aussehen sollen, dann findet man, daß sie meist Verwandtschaft mit schon erörterten Projekten von Privatleuten aus der Vergangenheit haben. Uns Arbeitern könnte es egal sein, woher die Bürokraten in den Amtsstuben ihre Anregungen nehmen, die Hauptsache wäre, wenn sie mit der Arbeitsbeschaffung vorwärts kämen, aber uns dünkt, die Arbeiterschaft soll auch wieder die größten Opfer für die Arbeitsbeschaffung bringen und die Besitzenden sollen geschont werden.

Gegenwärtig ist von den Arbeitsbeschaffungsprogrammen noch nicht viel zu merken, aber aus den Äußerungen der Unternehmerpresse läßt sich entnehmen, daß die Unternehmervereinigungen zum Teil schon gegen die Pläne der Regierung Sturm laufen.

Der Streit geht gegenwärtig um die Gelbeschaffung. Die Reichsbank soll zu diesem Zweck mit eingespart werden, aber sie wehrt sich. Sie ist der Auffassung, eine künstliche Kreditschöpfung führe zu einer Inflation. 3 Milliarden Reichsmark werden zur Arbeitsbeschaffung benötigt. Die Reichsbank kann von sich aus nicht soviel locker machen. Die Besitzenden sträuben sich, etwas dazu herzugeben. Die Unternehmer wehren sich aber auch deshalb dagegen, weil sie die Arbeiterschaft erst noch um ihre Tarifrechte bringen möchte. Ihnen ist anscheinend die Wirtschaftsankurbelung zu früh. Deshalb gibt es gegenwärtig Auseinandersetzungen. Die Unternehmer-

presse wendet sich dabei gegen alles, was nicht in ihrer Linie liegt. Die Unternehmer haben als Wirtschaftsführer in der Krisenzeit gänzlich versagt, sie versuchten lediglich mit Gehalts- und Lohnabbau ihre Betriebe zu retten, konnten aber selbst damit den Bankrott nicht aufhalten. Dessenungeachtet versuchen sie als die „Fachleute“, der Regierung dazwischen zu reden und ihre geplanten Maßnahmen zu kritisieren. Das ist Anmaßung. Gerade die Unternehmer und ihre Presse haben mit ihrer Wirtschafterei so kläglich Schiffbruch erlitten, daß sie keinerlei Recht haben, Kritik zu

üben, Empfehlungen zu machen oder Vorwürfe zu erheben.

Wir als Arbeiter haben zu dieser Regierung nach ihren bisherigen Handlungen kein Vertrauen, trotzdem empfehlen wir ihr, die Vorschläge der Gewerkschaften zur Arbeitsbeschaffung und zur Beeinflussung der subventionierten Betriebe zu beachten. Ohne fühlbare Eingriffe in die Privatinitiative der Unternehmer wird sie in der Arbeitsbeschaffung keinen Schritt weiter kommen.

Politisch plant die Reichsregierung noch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine Wahlreform.

Unternehmer im Lohnabbau unersättlich

Trotzdem Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau das Geschäftsleben in Deutschland außerordentlich stark einschränkt und fast zum Versiegen brächte, sind die Unternehmer immer wieder dabei, die Löhne weiter zu kürzen. Ihr Streben im Lohndruck findet überhaupt keine Grenze. Der Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes Nordwest liefert wieder einmal den Beweis dafür. Diese Kampfschrift gegen die Gewerkschaften bringt zum Ausdruck, die Dinge seien nun an einem Punkt angelangt, wo nur eine grundlegende Reform helfen könne. „Eine Reform des Staates und seines Verhältnisses zur Wirtschaft, Ablösung der unmittelfähigen Staatswirtschaft durch wirtschaftliche Selbstverwaltung und als erste Tat dieser Umstellung eine vollkommen neu orientierte Tarifpolitik und Arbeitslosenfürsorge... Das ist möglich durch Zulassung freierer Lohnfindung im Wege eines Spielraumes innerhalb der laufenden Tarifverträge. Der Staat könnte und sollte sagen: die Lohnsätze der laufenden Tarifverträge dürfen durch Einzelarbeitsverträge, also durch Verträge zwischen Betriebsführer und Belegschaft, um einen bestimmten Hundertsatz unterschritten werden. Dieser Hundertsatz müßte natürlich erheblich sein, denn immer wieder muß im Auge behalten werden, daß bei dem heutigen eingeschränkten Umfang der Wirtschaft, bei der heutigen Massenarbeitslosigkeit, die Unterstützungszuflüsse der Arbeitslosigkeit praktisch ohnehin das Schicksal bezeichnen, von dem der größte Teil der Arbeiterschaft durch Kurzarbeit nicht mehr weit entfernt ist und das schließlich noch einem größeren Teil der Gesamtarbeiterschaft droht, wenn nicht neue Wirtschaftstätigkeit hervorgerufen wird.“

Danach sollen bestimmte Betriebe das Recht erhalten, die Löhne so weit herunterzusetzen, daß sie dem Durchschnittssatz der Arbeitslosenunterstützung entsprechen. Das wären etwa 30 bis 40 RM je Monat. Wie ein Familienvater mit einem derartigen Satz auskommen soll, wird natürlich nicht gesagt. Eine solche Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen würde die deutsche Arbeiterschaft in ein namenloses Elend versetzen. Doch was schert dies diese Herren!

Darüber hinaus verlangen aber die Unternehmer der Eisenindustrie eine Neugestaltung der Sozialpolitik im großen. Sie verlangen ein staatliches Aufsichtsrecht bei den Tarifverträgen, eine Umwandlung der Gewerkschaften zu berufsständigen Arbeitervertretungen, der Tarifverträge zu Tarifgemeinschaften im Rahmen berufsständischer Gemeinschaftsarbeit usw. Große Opfer seien notwendig, um die Wirtschaftskrise zu überwinden.

Die Unternehmer der westdeutschen Eisenindustrie haben die Katze aus dem Sack gelassen. Wenn es möglich wäre, diese Forderungen der Unternehmer zu verwirklichen, dann wäre die deutsche Sozialpolitik um Jahrzehnte zurückgeworfen und die deutsche Arbeiterschaft die schlechtest bezahlteste der ganzen Welt. Daß die deutsche Wirtschaft bei einem derartigen Lohnsystem vollständig zugrunde gehen müßte, dürfte jeder Late einsehen. Wir sind überzeugt davon, daß dieses Signal zum Kampf von gesamten deutschen Unternehmern bald aufgenommen wird.

Wer das nicht will, der sorge dafür, daß die Gewerkschaften diese Vorstöße abzuwehren in der Lage sind und trage stets zur Stärkung der Gewerkschaften bei.

An die Gewerkschaftsmitglieder

Die gewaltige Wirtschaftskrise wird zu einem Generalsturm gegen die Arbeiterbewegung ausgenutzt. Mit in erster Linie richtet sich dieser Kampf gegen die Konsumgenossenschaften. Die Konsumgenossenschaften haben ein Recht auf den Schutz durch die Arbeiterschaft. Sie stellen ein Stück sozialer Gemeinschaft dar. Der Schutz der Konsumgenossenschaften ist um so notwendiger, als die Konsumgenossenschaften ihren Mitgliedern nicht nur gute, vollgewichtige Waren zu gerechten Preisen liefern, sondern ihren Arbeitnehmern und Mitgliedern auch vorbildliche und bahnbrechende soziale Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Selbstverständlich hat die fürchterliche Arbeitslosigkeit auf die Umsätze der Konsumgenossenschaften ähnliche nachteilige Wirkungen ausgeübt, wie auf die Umsätze des privaten Einzelhandels und der Warenhäuser. So wie unter diesen Umständen die privatwirtschaftlichen Unternehmungen ihre Umsatzzwänglerung durch eine erhöhte Propaganda auszugleichen versuchen, muß auch die Werbetätigkeit für die Konsumgenossenschaften stark gesteigert werden.

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände,

die mit den Konsumgenossenschaften freundschaftlich verbunden sind, fordern alle Gewerkschaftsmitglieder auf, ihre Hauswirtschaften der organisierten Bedarfsdeckungswirtschaft einzugliedern und ihren Bedarf an Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Bekleidung in den Verteilungsstellen und Warenhäusern der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zu decken.

Jeder Gewerkschaftler sollte Mitglied einer Konsumgenossenschaft sein. Der Eintritt in die Konsumgenossenschaften ist mit Kosten nicht verbunden. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt in allen Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften.

Berlin, den 16. August 1932.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
Allgemeiner freier Angestelltenbund,
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.

Gegen eine Besteuerung der Margarine

Die Vorstände des ADGB und des Afa-Bundes haben am 10. August an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ein Schreiben gerichtet, in dem sie auf die sozial und wirtschaftlich gleich bedenklichen Folgen der geplanten Margarinesteuer hinweisen. Das Schreiben lautet:

Unter den Maßnahmen, die zur weiteren Stützung der deutschen Landwirtschaft erwogen werden, erscheint uns die Absicht einer Besteuerung der Margarine besonders bedenklich.

Da die Margarine nur wegen ihrer Billigkeit und daher zwangsweise gerade von den unbemittelten Volkskreisen gekauft wird, würde eine Margarinesteuer eine Sonderbesteuerung für diejenigen darstellen, die bereits aus bitterer Armut zu Ersatzstoffen greifen müssen. In einer Zeit aber, in der weniger als die Hälfte der Arbeiter und Angestellten noch volle Beschäftigung findet, in der die Einkommen ständig sinken, müßte eine derart unsoziale Maßnahme eine gefährliche Verzweiflungs- und Empörungstimmung hervorrufen.

Auf der anderen Seite würde diese Sondersteuer der Landwirtschaft keine Hilfe bringen. Denn die Kaufkraft der Bevölkerung ist keineswegs ausreichend, um von der Margarine, auch wenn sie verteuert wird, zu der immer noch viel teureren Butter übergehen zu

können. Im Gegenteil: der Zwang, höhere Einkommensbeträge in Margarine anzulegen, würde nur zur Folge haben, daß die Ausgaben für andere landwirtschaftliche Erzeugnisse — Obst, Gemüse, Butter und Fleisch an Festtagen usw. — zum Schaden der Landwirtschaft noch weiter zurückgehen müßten.

Die Einführung einer Margarinesteuer würde nur unsere Vermutung bestätigen, daß die Erhöhung der Butterzölle, die für die Exportindustrie bereits außerordentlich schädliche Auswirkungen zeitigt, der Landwirtschaft nicht genützt hat. Die Margarinesteuer würde einen weiteren kräftigen Industriezweig bedrohen, ohne der Landwirtschaft Entlastung zu bringen.

Die Gewerkschaften haben häufig genug betont, daß sie für die Notstände in der Landwirtschaft Verständnis, haben und geeignete Hilfsmaßnahmen begrüßen. Aber diese Maßnahmen dürfen nicht die Interessen anderer Bevölkerungsschichten, insbesondere der unbemittelten Volkskreise, grüßlich verletzen.

Eine Abschrift dieses Briefes lassen wir dem Herrn Reichskanzler und den anderen Herren Ministern zugehen.

- Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund,
gez.: Leipart,
Allgemeiner freier Angestelltenbund,
gez.: Anhäuser.

Kollege, Kollegin, das geht dich an!

Millionen und arabischen Millionen Werktätiger stehen in der Front der freien Gewerkschaften. Ihre Front ist die geschlossenste, weitaus stärkste organisierte Kraft in Deutschland; vergeblich blieb jegliches Bemühen der Reaktion, einen Einbruch in sie durchzusetzen. Es blieb vergeblich, — und es wird vergeblich bleiben. Freie Gewerkschafter sind überzeugte Kämpfer, die durch niemand und durch nichts aus der Bahn ihrer gewonnenen Erkenntnis zu bringen sind.

Doch die Reaktion fand andere Mittel. Mit riesigem Geldaufwand schuf sie eine Scheinorganisation der auseinanderstrebendsten Elemente, eine auf Lug und Trug aufgebaute „Volksbewegung“ der Indifferenten, gescheiterten Existenzen und bedingungslosen Untertanengeister. Unzufriedenheit mit ihrer gegenwärtigen Lage ist der Anlaß, der sie in die Hände dieser Agitatoren treibt, von ihren wahren Feinden bewußt abgelenkt und auf „Bonzen“ und Juden konzentrierte Wut ist der Kitt, der sie zusammenhält. Blindes Vertrauen auf die „Führer“ ist die einzige Stärke dieses buntgewürfelten Menschenhaufens, die einzig übertroffen werden kann durch die Gewalt des Umsturzes, wenn dieses Vertrauen einmal zusammenbricht.

Vorläufig jedoch steht die Führung dieser „Bewegung“ auf dem Gipfelpunkt ihrer Macht. Und zum Anderen müssen wir uns darüber klar sein, daß der Zusammenbruch des Vertrauens in diese Führung unter Umständen zu spät kommen kann. Italien und andere faschistisch regierte Staaten beweisen, daß in diesem Stadium das Regime des Vertrauens der Volksmehrheit nicht mehr bedarf, sondern sich darauf beschränkt, seine Macht ausschließlich mit den Mitteln der Gewalt auszuüben.

Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für uns? Wollen wir zusehen, bis diese Möglichkeit zur Wirklichkeit geworden ist?

Seien wir uns doch darüber klar: der unaufhörliche Zustrom zur Hitler-Partei beruhte bisher in erster Linie auf der suggestiven Wirkung der scheinbaren Unvermeidbarkeit ihres Herrschaftsantritts. Die einzige Hemmung, die sich innerhalb des Gesichtskreises der großen indifferenten Bevölkerungsschicht der Ausbreitung dieses Gedankens entgegenstellt, ist das Angesicht des Millionenheeres der organisierten Arbeitnehmerschaft. Diesen Eindruck gilt es zu verstärken! Schwerer als eine Million neuer Hitler-Stimmen wiegen im Urteil der Öffentlichkeit 100 000 neue Mitglieder der freien Gewerkschaften. Mehr als 100 000 fanatisierte Schreier auf der Hitler-Kundgebung bedeuten 1000 Menschen, die wir überzeugt und als Mitkämpfer in unsere Organisationen eingegliedert haben!

Diese Aufgabe muß ein jeder von uns sich zu jeder Stunde vor Augen halten. Diese Aufgabe ist nicht erfüllt, wenn im Betriebe des Einzelnen alles organisiert ist; sie ist nicht

erfüllt, wenn für deine eigene Gewerkschaft innerhalb deines Wirkungskreises vielleicht niemand mehr zu werben ist. Unsere Arbeit muß noch weiter reichen, muß jene noch immer großen Kräfte erfassen, die zwar klassenmäßig zu uns gehören, tatsächlich aber bisher nur zu einem verhältnismäßig kleinen Teile für die freigewerkschaftliche Ideologie gewonnen werden konnten.

Dieses große Reservoir ist die Angestellten-schaft. Jeder von uns hat die Möglichkeit, hier und wieder auch mit Angehörigen der Angestelltenberufe ins Gespräch zu kommen und auf sie einzuwirken. Sollte dies im Einzelnen nicht möglich sein, so sorgt bei eifriger Aussicht auf erfolgreiche Werbung zumindestens dafür, daß der Ortsgruppe der für sie zuständigen Organisation die Anschrift zwecks weiterer Bearbeitung übermittelt wird. Vor allem aber hat ein jeder von uns die Pflicht dafür zu sorgen, daß seine im Angestelltenberuf tätigen Angehörigen restlos ihrer freien Gewerkschaft angehören.

Nur wer in diesem Sinne handelt, wird seiner Aufgabe gerecht!

Freigewerkschaftliche Organisation der Handelsgewerkschaften und Büroangestellten des Zentralverband der Angestellten.

Richtigstellung

In Nr. 22 des „Keramischer Bund“ brachten wir eine Notiz „Die Arbeitszeitverkürzung als internationales Problem“. Im ersten Satz dieser Notiz ist ein Schreibfehler enthalten. Es muß nicht heißen Internationale Vereinigung für Sozialistischen Fortschritt, sondern Internationale Vereinigung für Sozialen Fortschritt. Wir bitten dies zu beachten.

Hermann Jürgens gestorben

Am 15. August verschied unerwartet unser lieber Kollege und 2. Bevollmächtigter Hermann Jürgens in Varel. Seit vielen Jahren war der Kollege Jürgens in der vordersten Linie der Arbeiterbewegung tätig und bedeutete sein plötzlicher Tod einen schweren Verlust für die Varel'sche Arbeiterschaft und insbesondere eine Lücke in den Reihen der Fabrikarbeiter. 8 Jahre versah er ehrenamtlich den Posten als 2. Bevollmächtigter und war stets pünktlich und dienstfertig, als ginge es um eine bezahlte Stellung. Nun ist einer unser besten Kämpfer im 49. Lebensjahr dahin. Wir werden sein Andenken an besten bewahren, wenn sein Glaube an unsere völkerbefreiende Idee von uns vorwärtsgetragen wird. Ehre seinem Andenken!

Fürth

In unserer Notiz in der Nummer 29 vom 16. Juli 1932 unter Fürth, in der die Ausweisung unseres Glasarbeiterkollegen Franz Pfeiffer behandelt wurde, war auch die Bemerkung enthalten, daß es nicht an diesen Leuten liegt, wenn sie das Staatsbürgerrecht nicht besitzen, weil in den Jahren 1920—1930 auf Betreiben des Sudetendeutschen Heimatbundes alle Naturalisationen systematisch verhindert wurden. Diese Bemerkung veranlaßte den Sudetendeutschen Heimatbund, Verwaltungsstelle Dresden, uns zu schreiben, daß er diese unsere Behauptung zurückweisen müsse. Er stellt im Gegenteil fest, daß er seit 1919 schon einer außerordentlich großen Anzahl von sudetendeutschen Heimatgenossen zur Einbürgerung verholfen habe. In dem Schreiben heißt es auch: „Aus den bereits angedeuteten Gründen bemühen wir uns auch weiter, möglichst vielen Sudetendeutschen zur Einbürgerung zu verhelfen, doch seit geraumer Zeit stoßen diese Bemühungen auf besondere Schwierigkeiten, die in der allgemeinen Wirtschaftslage im Reiche zu suchen sind.“ So schreibt die Verwaltungsstelle Dresden des genannten Bundes in ihrem Brief: Eine andere Stellung scheint die Kreisleitung Bayern des Sudetendeutschen Heimatbundes einzunehmen; denn in deren Schreiben an uns in der gleichen Angelegenheit heißt es: „Um Mißverständnissen vorzubeugen teilen wir Ihnen mit, daß wir aus großdeutschen Erwägungen heraus Gegner der Einbürgerung von Sudetendeutschen sind, dafür aber für die Gleichberechtigung der Sudetendeutschen mit den Reichsdeutschen eintreten.“

Die Kreisleitung des Sudetendeutschen Heimatbundes in Bayern ist also deutlicher als die Verwaltungsstelle in Dresden. Die Gegner-schaft des Sudetendeutschen Heimatbundes bei der Einbürgerung von Sudetendeutschen machte sich in Fürth eben so bemerkbar, daß unsere sudetendeutschen Glasarbeiterkollegen zu der Auffassung kamen, der Sudetendeutsche Heimatbund verhindere ihre Einbürgerung systematisch. Sie können dafür keine Beweise bringen und nehmen deshalb ihre Behauptung wieder zurück. Sie sind aber trotzdem der Auffassung, daß ihre Naturalisation schon längst erledigt worden wäre, wenn die Kreisleitung Bayern des Sudetendeutschen Heimatbundes nicht Gegner der Einbürgerung wäre. Damit wird die günstige Wirksamkeit des genannten Bundes für eine Anzahl Sudetendeutsche in keiner Weise herabgesetzt. Aber uns scheint, die verschiedenen Leitungen der Verwaltungsstellen des Sudetendeutschen Heimatbundes müßten eine einheitliche Auffassung über die Einbürgerung in ihren Schreiben zum Ausdruck bringen, wenn sie sich an die Öffentlichkeit wenden. Uns fiel auch auf, daß sich die Verwaltungsstelle Dresden in dieser Angelegenheit viel eifriger betätigte als die Kreisleitung Bayern, auf deren Gebiet sich die Angelegenheit bezog.



Lohnabbau abgewehrt!

Die Arbeitgeber der Bleikristallglasindustrie Bayerns verlangen bekanntlich für die Neuregelung des Lohntarifvertrages eine generelle Lohnsenkung von 10 Prozent, außerdem Herabsetzung der Anteile der prozentualen Beteiligung der Fachhilfsarbeiter am Werkstellenverdienst.

Da Parteiverhandlungen zu keiner Verständigung führen konnten, mußten am 17. August 1932 Verhandlungen vor der vorgesehenen Schlichtungsstelle für die Glasindustrie Bayerns in Nürnberg aufgenommen werden.

In den Verhandlungen machte es sich der Vertreter der Arbeitgeber, Herr Rechtsanwalt Vogel, ziemlich leicht, eine Begründung für die weitere beantragte Lohnherabsetzung zu geben. Wie in der zurückliegenden Zeit erforderte die allgemeine wirtschaftliche Lage wie aber auch die fruchtungsünstige eine Herabsetzung der Unkosten in den Betrieben. Man hielt es nicht für notwendig zu erkennen, daß die miflichen Verhältnisse in der Weißhohlglasindustrie, speziell aber in der Bleikristallglasindustrie darauf zurückzuführen sind, daß durch Kaufkraftminderung Absatzverengung eingetreten ist und der Handel am Binnenmarkt in der Luxusindustrie fast vollkommen lahmliegt. Man wußte auch nicht, daß die Arbeitgeber durch ihre Preisgebardung selbst noch zur Verschärfung der Krise in der Bleikristallglasindustrie in zurückliegender Zeit beigetragen haben. Hoffnung war, es wird schon etwas vom Lohnabbau abgelenkt werden.

Den Spiegel der Wirklichkeit über die Geschehnisse der zurückliegenden Zeit in der Glasindustrie mußten erst die Arbeitnehmer-Vertreter den Industriellen zeigen. Das destruktive Wirken in der Lohnpolitik kann nicht noch länger von Wirtschaftsparteien, die vernünftig handeln wollen, gestützt werden. Es ist die höchste Zeit, nicht nur abzustimmen, sondern dafür zu wirken, daß eine Stabilisierung der Einkommensverhältnisse in Deutschland vorgekommen wird, damit wir aus der katastrophalen Krise überhaupt herauskommen. Trotz der vielen Behauptungen, daß durch Lohnsenkung und der damit zu verzeichnenden Unkostenverminderung in den Betrieben eine Mehrbeschäftigung geschaffen wird, zeigt sich in allen Zweigen der Glasindustrie, besonders aber in der Luxusglasindustrie, gerade das Gegenteil. Würde Lohnabbau zur Mehrbeschäftigung in der Industrie führen, dann müßte in der bayerischen Blei- und Kelchglasindustrie Hochkonjunktur vorhanden sein, da in zurückliegender Zeit fast alle Löhne über den Durchschnitt der sonst üblichen Senkung geführt worden sind. Es

ist in der Industrie ferner nachgewiesen worden, daß Gesundheit nur zu erreichen ist, wenn die fortgesetzten Beunruhigungen durch Lohnsenkungen endlich vermieden werden, damit der Handel auch wieder mehr Vertrauen gewinnt und zum Kauf Anreiz findet. Gerade jetzt, vor der Leipziger Messe, muß es als unvernünftig bezeichnet werden, mit ungeklärten lohnpolitischen Verhältnissen nach dort zu gehen. Der Handel wehrt sich jetzt schon dagegen, daß gegenseitige Unterangebote während der Messe in Erscheinung treten, da er sonst nicht mehr in der Lage ist, Abschlüsse in größerem Ausmaße überhaupt herbeizuführen. Ist das nicht ein Warnungssignal deutlichster Art? Tritt die Beunruhigung einer neuen Lohnabbauwelle hinzu, dann besteht die große Gefahr, daß das ganze Messegeschäft, das an und für sich nicht stark werden dürfte, zerstört wird.

In Erkenntnis der Richtigkeit der Darlegung der Arbeitnehmer-Vertreter hat die Schlichtungsstelle den nachfolgenden Schiedsspruch gefällt. — Die Anträge der Arbeitgeber auf Lohnabbau sind abgewehrt! Sollten die Industriellen in Verkennung der Verhältnisse zur Ablehnung des Schiedsspruchs gelangen, dann hoffen wir auf Verbindlichkeit desselben, da es sich hier um eine Industriegruppe handelt, die unter gar keinen Umständen auch nur kurze Zeit tarifungebunden arbeiten kann. Sollte man jedoch gar seitens der Industriellen mit anderen Maß-

nahmen aufwarten wollen, dann erklären wir jetzt schon, daß wir geeignete Gegenschritte ergreifen werden. Unsere Kollegen der bayerischen Blei- und Kelchglasindustrie müssen die Zeit bis zum 30. September 1932 nun erst recht benutzen, die Organisation an allen Orten zu stärken, damit fernere Angriffe auf die Existenzverhältnisse ebenso wie bei der diesmaligen Bewegung abgewehrt werden können.

Nr. S IV 9/24-1932.

Schlichtungsausschuß Nürnberg.

Nürnberg, den 17. August 1932. An den Keramischen Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Charlottenburg.

In Sachen Verband bayerischer Weißhohlglasfabriken, Nürnberg, gegen Keramischen Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, wegen Lohnstreites ergoht nach Verhandlung zwischen den Parteien und gemeiner Beratung in der Schlichtungskammer gemäß § 5 Abs. 4 der Schlichtungsverordnung vom 30. 10. 1923 folgender

Schiedsspruch:

1. Der am 31. Juli 1932 abgelaufene Lohnvertrag vom 5. 1. 1932 wird mit Wirkung vom 1. August 1932 wieder in Kraft gesetzt.

2. Er läuft unverändert weiter bis zum 30. September 1932. Zu diesem Termin ortslich der Vertrag ohne Kündigung.

Der Vorsitzende: gez. Köhler.

Beschluß: Zur Abgabe einer Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs erhalten die Parteien Frist bis 23. August 1932.

Allgemeinverbindlich erklärt

Der Reichsminister, III 5092/5 Tar. Ber., den 13. August 1932. Entscheidung.

Die Arbeit und bezahlte Tarifvertrag wird im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzblatt 1932 S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

- I. Parteien des Tarifvertrages: a) auf Arbeitgeberseite: Verband bayerischer Weißhohlglasfabriken E. V., Nürnberg; b) auf Arbeitnehmerseite: Keramischer Bund, Abt. des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, Gaubezirk 9; Berufsverband Deutscher Glasarbeiter.

II. Tag des Abschlusses: 20. Juni 1932, Manteltarifvertrag.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in der Weißhohlglasindustrie mit Ausnahme der Weißhohlglaserzeugung in Betrieben der Flaschenindustrie, Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Freistaat Bayern.

Gräfenroda

In der Glasfabrik Wilhelmshütte G.m.b.H. Gräfenroda sind Lohndifferenzen schwerer Art entstanden. Die Kollegen am Wannenofen sind in Abwehrkampf getreten. Wir ersuchen daher unsere Kollegen in der Glasbranche, Arbeitsangebote nach Gräfenroda zu unterlassen.



Deutsches Porzellan auf dem Weltmarkt

ngm. Für die Bewegung deutscher Porzellane, ebenso für die Ueberschüsse der Porzellanindustrie der Tschechoslowakei, die in ihrer Struktur und ihren natürlichen Absatzbelangen in geringer mit ihr maßgebenden Problemen verbunden ist, ergeben sich neuerlich zwei wesentliche Gesichtspunkte. Gerade die aufnahmefähigsten Märkte versuchen mit allen Mitteln durch sehr weitgehende protektionistische Maßnahmen das Vordringen deutscher keramischer Erzeugnisse zu unterbinden, obwohl sie in der Leistungsfähigkeit einer erheblich unvollkommener ausgebildeten nationalen Erzeugung der hochentwickelten deutschen Produktion offensichtlich unterlegen sind. Dieses ausgesprochen einflussreiche Verhalten zwingt zu einem intensiveren Aufschluß neuer Konsummärkte, die aber in Rücksicht auf die Entwicklung der Kulturbedürfnisse und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit vorläufig noch eine ungenügende Verbrauchskraft besitzen, eine Erscheinung, die durch eine unnatürliche Unterbewertung hier vorzugsweise produzierter Bodengüter an den Weltbörsen wesentlich verschlimmert wird. Auf der anderen Seite hat die umfassende Verarmung des Weltkonsums die allgemeine Verbrauchslage auf fällig dahingehend orientiert, daß eine klar erkennbare Abwanderung des Bezugs auf billiges Material eintrat. Es handelt sich also mehr denn je darum, die Produktion dieser Bewegung anzuleiten. Die Ausführungsresultate im letzten Jahre zeigen deutlich, daß Zierporzellan und hochwertiges Material nur noch einer bescheidenen Nachfrage gegenübersteht, während zweckmäßiges und billiges Haushaltporzellan sich beweglicher im Außenhandel erweist, und daß parallel zu dem lebendigen Elektrifizierungsschritt, namentlich in überseeischen Wirtschaften, die Anforderungen des internationalen Marktes an technisches Porzellan relativ gute Aussichten erschließen. Die deutsche Industrie, die mit 200 Unternehmungen und einer Belegschaft von annähernd 69 000 Köpfen noch vor etwa drei Jahren einen Export von 45 000 t in einem Werte von 74 Millionen RM — Gesamtleistung etwa 135 000 t im Gesamtwert von 200 Millionen RM — durchführen konnte, zeigt sich heute nur noch absatzfähig auf fremden Märkten für etwa 20 000 t bei unverhältnismäßig herabgedrückten Preisverhältnissen. Die Beurteilung der künftigen Exportentwicklung, auf die diese deutsche Erwerbswirtschaft angewiesen ist, läßt wenig Erwartungen für eine umschwingende Ausfuhrlage zu, da einmal mit einem intensiveren Wettbewerb tschechischer Porzellane im Ausfuhrverkehr zu rechnen ist und außerdem Japan als schwer zu schlagender Konkurrent auf den wichtigsten internationalen Absatzplätzen auftritt. Typisch für die Gestaltung der Exportbelange ist die Tatsache, daß die Produktion von Zierporzellan und ähnlichem Material eine Einschränkung um

50 Prozent erfuhr, während sich die von Wirtschaftsporzellan um 15 Prozent erweitern, die von technischem Material sogar verdoppeln konnte. Hier bietet das Exportgeschäft offenbar allgemein eine größere Chance. Deutsches Porzellan für die elektrotechnische Industrie im Ausland hat unbedingt an Bedeutung gewonnen. Der deutsche Export kontrolliert hier bereits 35 Prozent des Welthandels in solchem Material, ein Einfluß, der von keinem anderen Erzeugerland erreicht wird. Die wichtigsten Absatzplätze für die deutsche Industrie technischen Porzellans sind heute Holland, Frankreich, Oesterreich, Rußland und Irland. Durch eine starke Zurückhaltung Italiens, Großbritanniens und Frankreichs durch die Zollbehandlung deutschen Materials hat sich aber auch hier die deutsche Ausfuhr verlustreich entwickelt. Größtes Interesse für deutsche Porzellane, Tischporzellane u. a., haben entschieden die Vereinigten Staaten, Holland, Großbritannien für weißes, für farbiges Porzellan die Vereinigten Staaten, Holland, Italien und Spanien. Einen freieren Gütertausch verhindert lediglich die übertriebene Zollbürde. Die Tschechoslowakei hat sich mit diesen zöllnerischen Widerständen auf ihren wichtigsten Märkten offenbar weniger erfolgreich auseinandersetzen vermocht. Das tschechische Ausfuhrgeschäft weist hier im letzten Jahre einen Verlust von 37 Proz. auf. Weniger erfreulich sind die Bestrebungen des französischen Marktes, deutsches Porzellan und Steingut von den örtlichen Absatzplätzen umfassender zurückzudrängen. Gerade im letzten Jahre hat sich der Porzellanimport aus Deutschland von 26 600 Dtzr. im Jahre 1928 über 30 000 und 40 000 auf 50 000 Dtzr. gehoben. Dem verantwortlichen Volkswirt in Frankreich erscheint nun diese Entwicklung bedenklich, da die französische Porzellanindustrie, die ihren Standort vornehmlich um Limoges hat, in eine tiefgehende Notlage geriet, die nicht allein auf die Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, sondern im wesentlichen auf organisatorische Mängel und verfehlte wirtschaftspolitische Methoden, eine Situation, die im Sinne der Nationalwirtschaft eine Aenderung erfordert, die mit zöllnerischen Abwehrmitteln herbeigeführt werden soll.

Porzellan-Reklame

Die Selber Porzellanfabrikanten ließen eine 4,35 m hohe Kaffeekanne aus Holz herstellen und auf Räder montieren. Damit begaben sich zwei junge arbeitslose Porzellaner auf die Wanderung, um für die Selber Porzellanprodukte Reklame zu machen. Wie das Bild zeigt, ist die Kanne mit den Fabrikmarken der Selber Fabriken dekoriert. Sie ist auch so eingerichtet, daß die beiden Fahrer und Begleiter darin schlafen und sich aufhalten können.

Trotzdem wird es nicht leicht sein, die 14 Zentner schwere Last von Ort zu Ort durch ganz Deutschland zu bringen und nebenbei noch für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Reklame ist sehr angebracht, ob aber die Selber Porzellanfabrikanten mit dem Umherfahrenlassen der großen Kaffeekanne große Aufträge herbeikommen werden, ist noch fraglich.

Die große Holz-Kaffeekanne auf Rädern ist sicher eine auffällige Porzellanreklame, aber anders Teils auch ein Symbol für die riesengroße bittere Not für die Bewohner der Porzellanstadt Selb. In ihren Mauern sind unter den Porzellanarbeitern und -arbeiterinnen Elend und Verzweiflung vorherrschend. Das kommt daher, daß sich die Weltwirtschafts-



14 Ztr. schwer, 4,35 m hoch

krise auf die Qualitätsporzellanindustrie, die in Selb hauptsächlich vertreten ist, katastrophal auswirkt. Während Stapelporzellanfabriken der Umgegend immer noch 3, 4 und mehr Tage beschäftigt sind, lassen die Selber Porzellanfabrikanten die Hälfte ihrer ehemaligen Belegschaft durchschnittlich nur noch einen Tag arbeiten. Die Straßen der Stadt sind von Arbeitslosen gefüllt, die geschickten, fleißigen, arbeitstüchtigen Porzellaner stehen in Scharen umher. Am Arbeitsmarkt ist Hochbetrieb, desgleichen im Wohlfahrtsamt. Dort spielen sich herzzerreißende Szenen ab. Denn es fehlen die Mittel zur Bekämpfung der Not. Der Wohlfahrtsrat der Stadt Selb weist gegenwärtig schon ein Defizit von 350 000 RM aus; Geld fließt nur sehr spärlich in den Stadtsäckel, da das Geschäftsleben stockt. Es wäre deshalb höchste Zeit, daß die Krise aufhört. Die Unternehmer versuchen ja von sich aus, der Krise zu steuern, aber die Lohnreduzierungen, die sie vornehmen, brachten auch keine Belebung in den Betrieben, im Gegenteil, die Aufträge schmolzen noch mehr zusammen. Die Bürger von Selb erwarten ja, daß ihr Heil von Hitler kommt, aber sie werden wahrnehmen müssen, daß

auch dieser die Weltwirtschaftskrise nicht begehenden kann. Wir sind jetzt schon überzeugt, ihr Heiland aus Braunau läßt sie im Stich. In Selb wird es erst wieder anders, wenn der Welthandel in Gang kommt, wenn in allen Staaten der Welt wieder Selber Porzellan gekauft wird. Aber Hitler und Scheunmümmern sich darum nicht im geringsten. Sie stoßen eher andere Staaten vor den Kopf, die sich dann von Deutschland abwenden und nichts mehr kaufen. Die Selber Einwohner haben dann die Not auf dem Hals.

Kloster Veilsdorf

Bei der Porzellanfabrik zu Kloster Veilsdorf AG., Veilsdorf, ergibt sich für 1931 nach Abschreibungen von 108 338 (i. V. 107 205) RM ein neuer Verlust von 274 801 RM, um den sich der Verlustvortrag aus dem Vorjahr von 272 229 RM auf 547 030 RM erhöht (i. V. Betriebsverlust 329 415 RM, der durch den Gewinnvortrag 1929 teilweise gedeckt wurde). Der Verlust soll wieder vorgetragen werden. Nach dem Geschäftsbericht der Gesellschaft wurde die Elektroporzellanindustrie von der sich verschärfenden Krise besonders hart getroffen. Zu den Absatzschwierigkeiten, auf dem Binnenmarkt gesellten sich die immer größer werdenden Hemmnisse, die in Gestalt von Zollserhöhlungen und Devisenbestimmungen die Ausfuhrmöglichkeiten einengten. Unter diesen Umständen betrug der Gesamtumsatz gegen das bereits sehr ungünstige Jahr 1930 wertmäßig nur noch 23,3 Prozent, während die Verbandsstatistik für die gesamte elektrotechnische und technische Porzellanindustrie für dieselbe Zeit eine Schrumpfung von 29,2 Prozent für Niederspannungsporzellan und von 37,6 Prozent für technisches Porzellan ausweist. Das Ergebnis des Berichtsjahrs wurde ferner dadurch ungünstig beeinflusst, daß die sinkende Nachfrage einen immer weitergehenden verschärften Wettbewerb und damit weiter abgleitende Verkaufspreise zur Folge hatte. Außerdem hatte die wegen Auftragsmangels erforderliche einstweilige Stilllegung des Meuselwitzer Werks und die damit zusammenhängende Fabrikationsverlegung einmalige nicht unerhebliche Unkosten gebracht.

Polen

Von den 16 feinkeramischen Fabriken in Polen liegen zur Zeit drei still und die anderen arbeiten eingeschränkt, besonders die Porzellangeschirrfabriken sind am härtesten betroffen. Insgesamt ist die Produktion um 35-40 Prozent zurückgegangen, bei Geschirrporzellan am meisten.

Ueber die Produktionstätigkeit dieser Industrie macht das Statistische Hauptamt die folgenden Angaben (im Monatsdurchschnitt in Tonnen):

	Monatsmittel			
	1929	1930	1931	Mai 1932
Tischporzellan	288	243	157	101
Elektroporzellan	87	73	53	36
Tisch-Fayence	772	717	620	631
Sanitäts-Fayence	107	61	73	58



Niedergang der Bauwirtschaft

In welcher katastrophalen Weise der deutsche Wohnungsbau im ersten Halbjahr 1932 gegenüber der gleichen Zeit des Jahres 1931 zurückgefallen ist, kann aus den Angaben in „Wirtschaft und Statistik“ entnommen werden. In den Groß- und Mittelstädten (über 50 000 Einwohner) wurden 21 200 Wohnungen fertiggestellt, um 61 Proz. weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Dabei kamen durch Umbau alter Wohnungen diesmal 5600 Wohnungen hinzu, gegen nur 2500 in der Vorjahrszeit. Die Zahl der Neubeginne betrug 14 800, kaum die Hälfte von 1931. Die Zahl der Baubewilligungen ging um 49 Proz. zurück. Die Zahl der Bauanträge sogar um 56 Proz. Die Einschränkung der öffentlichen Baugelder (Hauszinssteuer) erhöhte den Anteil der privaten Auftraggeber gegenüber dem Vorjahr von 37 auf 49 Proz. und senkte den der gemeinnützigen Bauvereinigungen von 57 auf 45 Proz. In sämtlichen Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern wurden nur 27 000 Wohnungen fertiggestellt gegen 65 900 im ersten Halbjahr 1931! Es wurden nur 21 000 Wohnungsbauten begonnen gegen 41 600 und nur 25 800 Bauverträge erteilt gegen 49 400!

Hunderttausende von Arbeitern der Baustoff- und der Bauindustrie sind erwerbslos, sie wissen nicht, wovon sie sich und ihre Familie ernähren sollen. Dabei bestehen ungeahnte Möglichkeiten zur Erstoffherzeugung und Beschäftigung in der Bauindustrie. Man ist nicht auf das Ausland angewiesen. In diesen Industriezweigen könnten sich unsere sogenannten Ueberproduzenten mit ihren Autarkiebestrebungen erfolgreich betätigen.

Es ist nicht so, wie vielfach von Hausbesitzern erzählt wird, daß bereits ein Ueberangebot von Wohnungen besteht, es ist zwar richtig, daß in einigen Gebieten des Reiches Wohnungen leer stehen, das ist aber kein Zeichen von Wohnungsüberfluß, sondern ein Zeichen von Mangel an Kaufkraft. In Zeiten der riesigen Arbeitslosigkeit und des Lohn- und Gehaltsabbaus seit der letzten Jahre sind die Mieter nicht mehr imstande, die geforderten Mietpreise zu zahlen. Zu gleicher Zeit, wo Wohnungen leerstehen, hausen Millionen von Menschen zusammengepfercht bis zu 9 und 12 Personen in elenden Mietslöchern, in Wohnbaracken, in ausrandierten Eisenbahnwagen, Möbelwagen, auf dem Felde erstellten Bretterbuden, ja sogar in Erdhöhlen. Die Folge dieser Wohnungswirtschaft ist Geburtenrückgang und dieselben Kreise, die es in der Hand hätten, die Wohnungsbauwirtschaft anzukurbeln, es aber aus bestimmten politischen Gründen nicht tun, klagen dar-

über, daß sie in Zukunft nicht genügend Kationenfutter und Ausbeutungsmaterial infolge der Geburtenbeschränkung zur Verfügung hätten. Weiterhin ist die Folge der Einstellung der Wohnungsbauwirtschaft Ausbreitung der Infektionskrankheiten und Tuberkulose. Infolge der Zusammenpferchung der Menschen in Massen- und Elendsquartieren werden jährlich noch 50 000 Menschen dahingerafft. Wieviel Menschen und volkswirtschaftliches Gut wird auf diese Weise sinnlos verpulvert.

Um die Wohnungsnot zu beseitigen, müssen in den Jahren 1932-1940 noch jährlich 300 000, in dem Jahrzehnt von 1940-1950 noch 250 000 Wohnungen jährlich erstellt werden. Das wären bis 1950 rund 6 Millionen Wohnungen, 300 000 Wohnungen im Jahre zu erstellen, bedeutet eine Bautätigkeit ähnlich der des Jahres 1929. Wieviel Arbeitslosenelend und Verzweiflung sowie Wohnungselend könnten beseitigt werden, wenn sich die maßgebenden Regierungskreise endlich einmal dazu entschließen würden, die Ingangsetzung der Bauwirtschaft als beste Möglichkeit des Arbeitsbeschaffungsprogramms anzusehen und danach zu handeln.

Millionen von Arbeitern der Baustoff- und Bauindustrie sowie Millionen Menschen, die in elenden Massenquartieren und menschenunwürdigen Wohngelegenheiten verkommen, erheben den Ruf: Setzt die Bauwirtschaft in Gang, damit wir Arbeit und Brot und menschenwürdige Wohnungen bekommen.

Tarifikündigung

Nach dem Willen der Arbeitgeber in der feuerfesten Industrie am Niederrhein soll die fürchterliche Wirtschaftskrise restlos auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgetragen werden. Heute schon hungert die Belegschaft bei schwerster angestrengter Arbeit. Es soll aber noch mehr gehungert werden. Der Arbeitgeberverband der feuerfesten Industrie an Ruhr und Niederrhein hat den Rahmen- und auch den Lohntarifvertrag den Gewerkschaften zum 31. August d. J. gekündigt.

In einem Schreiben vom 11. August hat der Arbeitgeberverband seine Forderungen den Gewerkschaften unterbreitet. Wer diese liest, dem stehen die Haare zu Berge. Da wird von den armen ausgehungerten Arbeitern folgendes verlangt:

1. Abbau der Tariflöhne um 4 Proz.
2. Die Urlaubsansprüche werden nur zu 60 Proz. entschädigt.
3. Die Festsetzung der Löhne für die minderleistungsfähigen Arbeiter und für die Schwerekriegsbeschädigten soll der Betriebs-

leitung das Recht allein zugestanden werden. Der Betriebsrat soll bewußt ausgeschaltet werden. 4. Die bisherige Ueberstundenregelung soll erheblich verschlechtert werden. 5. Die Akkordübertrennen sollen von 20 auf 15 Prozent über den Tariflohn herabgesetzt werden. Damit wird jeder Anreiz zur Akkordarbeit genommen. Im § 15 verlangt aber der Arbeitgeberverband, daß alle Arbeiten, deren Eigenart es gestattet, auf Verlangen der Werksleitung im Akkord ausgeführt werden sollen. Ergebnis dieser Maßnahmen sind demnach Zwangsakkordarbeit und geringerer Ueberverdienst.

Außerdem verlangt der Arbeitgeberverband in der Urlaubsberechnung und in vielen anderen Punkten Verschlechterungen einzuführen, die alle nur die Arbeiter allein treffen sollen.

Allgemeinverbindlichkeitserklärung

- Reichsmanteltarifvertrag Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie.
- Entscheidung.
- Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:
- I. Parteien des Tarifvertrages:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Bund der deutschen Betonwerke E. V., Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Abt. Keramischer Bund; Zentralverband christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands; Gewerksverein der deutschen Fabrik- und Handarbeiter (H.-D.).
- II. Tag des Abschlusses: 12. Mai 1932/3. Juni 1932, Reichstarifvertrag.
- III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter in industriellen Betrieben der Betonwaren- und Betonwerkstein-, (Zementwaren- und Kunststein-)Erzeugung.
- Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Betriebe, für die Sondertarifverträge gelten.
- Arbeitsverhältnisse im Marmor- und Graubalgewerbe werden von der vorliegenden Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht erfaßt.
- IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
- V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 12 (Schlichtungsverfahren) des Tarifvertrages.
- VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. August 1932.

So wollen es die Herren Arbeitgeber. Grauenhaftes Elend herrscht heute in den Arbeiterhaushaltungen — wie lange soll dieser Totenkampf noch anhalten. Aber Hunger und dauernd Hunger bei schwerster angestrengter Arbeit bei den jetzigen Hungerlöhnen, das ist langsamer Selbstmord. Den Marsch in die Barbarei muß die Arbeiterschaft abwehren. Den Hungernden kann man nichts mehr abnehmen. Die Direktoren haben noch Riesengehälter — dort kann sofort abgebaut werden. Dort herrscht noch Wohlstand und Freude, bei den Arbeitern gibt es nur schwarzen Kaffee, Brot und Kartoffeln. Schluß mit dem Lohnabbau! Hinein in die gewerkschaftliche Front!

Gegen Unterdrückung und Hungerlohn!
Hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
P. Hertwig.

VII. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit:

Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrage.

Die allgemeine Verbindlichkeit des Reichstarifvertrages vom 21. Juli 1921 und der Nachträge vom 14. September 1932, 16. April 1926 und 27. März 1930 hat geendet.

Im Auftrag
gez.: Schmitt.
Beglaubigt: Haack,
(Stempel.) Ministerialkanzleisekretär.

Rußland

Laut Beschluß des Unionzementtrustes sollen bis zum Ende des Jahres 1932 7 neue Zementwerke vollendet und 3 Werke erweitert und vervollkommen werden. Die Gesamtkosten wurden voranschlägt mit 116 Millionen Rubel. Sämtliche Einrichtungen wie Baustoffe, Maschinen, Stahl, Eisen usw. müssen aus dem Inlande bezogen werden. Nach Mitteilungen der Maschinenhandelsstelle ist diese jedoch nicht in der Lage, das nötige Material für Trockentrommeln, Zerkleinerungsmaschinen, Lokomobile, Verladeeinrichtungen und ähnlicher Maschinen zu liefern. Besonders bemerkbar macht sich der Mangel an elektrotechnischem Material.

So kommt es, daß die Werke halbfertig liegenbleiben. Das ist für den weiteren industriellen Ausbau Rußlands von schwerwiegender Bedeutung. Trotz aller Bombungen ist es dem Zementtrust bis jetzt nicht gelungen, Ersatz für den Ausfall der notwendigen Lieferungen zu finden. Aus dem Ausland können die Einrichtungen auch nicht bezogen werden, weil es dem State an den notwendigen Devisen mangelt.

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(28. Fortsetzung.)

„Hm... Die einzigen, die ich von früher gut kenne, sind die Hastings, während des Krieges noch auf Aycliffe ansässig. Haben sie es noch?“

„Die Hastings? Donnerwetter, das ist eine Trumpfkarte!“ Martin schoß vor Begeisterung von seinem Stuhl hoch. „Sir George Hastings besitzt die Aktienmajorität meiner Zeitung.“

„Der Junge war Flieger. Ich bin dabei gewesen, als er fiel, und brachte der Mutter später seine letzten Grüße.“ Blains fröhliche Stimme klang verschleiert.

„Oh, Gerry, dann ruf vielleicht Ihr Besuch alles wieder in ihr wach“, sagte Joan schnell.

„Wachrufen? Ich glaube nicht, daß die arme Frau viel vergessen hat, und sie wird den einstigen Kameraden ihres Sohnes sicher gern wiedersehen. Ja, dann werde ich mal gleich nach Aycliffe hinausordeln. Zwanzig Meilen, nicht?“

„Zweihundzwanzig. Und bitte telegraphieren Sie mir zur Redaktion, ob Lady Hastings etwas tun will, damit ich weiß, wie weit ich bei meinem Chef gehen darf.“

Nachdem Blain und Joan den Journalisten bis zur Redaktion begleitet hatten, schlenderten sie langsam zum Hotel zurück, in dessen Garage Gerald's Wagen stand. Auf Joans Lippen brannte die Frage: „Haben Sie Anthony Daere gesehen, seit ich London verließ?“ Und dennoch scheute sie sich, sie anzusprechen. Warum hatte Blain von dem, was sich zwischen ihr und Anthony zgetragen hatte?

„Werden Sie noch lange in Shireport bleiben, Joan?“ erkundigte er sich, als seine Hand schon am Steuerrad lag.

„Das hängt davon ab, wie die Dinge sich hier entwickeln. Wenn wir Lewis dazu bringen, seine alten Leute wieder einzustellen, so habe ich hier nichts mehr zu tun und kehre nach Leeds zurück.“

„Gut, dann werde ich Sie hinfahren. Und unterwegs können wir dann in Ruhe etwas bereden.“

„Optimist!“ lachte sie. „Warten Sie erst ab, was Sie bei Lady Hastings erreichen. Viel Glück!“

Bereden? ... Was hat er denn mit mir zu bereden? fragte sie sich erstaunt, während sie die ausgetretenen Treppenstufen zu ihrem Zimmer hinaufstieg.

XIX

Prompt kam von Aycliffe Blains telephonischer Anruf, daß Lady Hastings — sofern man ihren Namen nicht direkt mit Streikangelegenheiten verquickte — sich bereit erklärt habe, gegen Mrs. Lewis' ungebührliches Betragen zu protestieren. Und nun konnte Alario Martin seine Phantasie entfalten. Seit dem letzten, drei Jahre zurückliegenden Mord hatte Shireport eine derartige Sensation nicht erlebt.

Berühmter Flieger bittet für seine arbeitslosen Kameraden.

Frau des Werkbesitzers hetzt Hunde auf ihn. Wird Shireports Gesellschaft an ihrem Gartenfest teilnehmen?

Flamanten die Ueberschriften des Standard, und in der Mitte der Seite prangte eine Photographie Blains, die die Antikriegsliga bereitwillig zur Verfügung stellte.

Martin schwelgte in dem Vermögen von Gerald's Vater, in dem palastähnlichen Haus im vornehmsten Teile Londons, in der Hochherzigkeit, mit der der berühmte Flieger sofort seinen bedrängten Kameraden zu Hilfe eilte. Und da sich während des Krieges eine der größten Fliegerschulen unweit Shireports befunden hatte und eine ganze Reihe Techniker der Lewis-Werke dort beschäftigt gewesen war, gelang es dem unerwähnten Martin, auch noch ein Gruppenbild aufzustöbern.

Am nächsten Morgen stellte sich Gerald Blain mit einem Briefe Lady Hastings an den Herausgeber des Standard ein, dem sie erlaubte, davon passenden Gebrauch zu machen. Die Dame schrieb, daß sie nach Mrs. Lewis' Verhalten zu ihrem Bedauern nicht zu dem Wohlthatigkeitsfest erscheinen könne, jedoch, um hierdurch den guten Zweck nicht zu schädigen, einen Scheck beifüge mit der Bitte, der Standard möchte ihn zum Besten der Kriegsschädigten verwenden.

„Sie sind ein Genie, Gerry“, lobte Joan. „Es macht Freude mit Ihnen zu arbeiten.“

Blain zündete sich mit unständlicher Sorgfalt eine Zigarette an, ehe er antwortete.

„Nicht wahr, wir beide geben ein ganz gutes Gespann ab?“ Er sagte es ganz obenhin, ohne besondere Bedeutung, und trotzdem fühlte Joan, wie ihr das Blut in die Wangen stieg.

Sie erhob sich vom Tisch.

„Jetzt ist die Reihe an mir, ein wenig den Löwenhäutiger zu spielen. Ich will unseren Freund Ben anrufen. Er wird immerhin keine Hunde auf mich loslassen.“

„Mr. Lewis' Stimme klang dieses Mal nicht gerade verbindlich, obwohl er sich bereit erklärte, Miß Craig sofort zu empfangen.“

„Alles Gute, tapferen Mädchen!“ schmunzelte Gerald. „Wenn ich innerhalb dreier Stunden nichts von Ihnen höre, begehe ich mich gemeinsam mit Martin auf die Suche nach dem Leichnam.“

„Wessen?“ fragte Joan scheinbeilig, indem sie nach ihren Handschuhen griff und davonrannte.

Mr. Lewis strackte ihr nicht wie bei ihrem ersten Besuch die Hand entgegen.

„Nennen Sie das einen ohrlichen Kampf, Miß Craig?“

„Nein. Ihre Kampftart verdient diesen Namen ebensowenig. Sie weigern sich, Leute einzustellen, die bei den heutigen schlechten Zeiten keine andere Aussicht auf Arbeit haben.“

„Wenn die Leute meine Bedingungen annehmen, können sie morgen höhere Löhne in meiner Fabrik verdienen, als sie irgendein anderer Arbeitgeber zahlt. Ist das nicht ein genügendes Entgegenkommen?“

„Mr. Lewis, wenn die Leute Ihre Bedingungen annehmen — das heißt, wenn sie Ihre Gewerkschaften verraten, ihre Genossen im Stich lassen!“

„Oh, einige arbeiten bereits bei mir zu diesen Bedingungen.“

„Und wie denken Sie über diese Leute im Innersten Ihres Herzens?“

„Daß sie geschickte Burachen sind, die wissen, auf welcher Seite ihr Brot mit Butter bestrichen ist.“

„Ich bildete mir immer ein, bei Ihrer Rasse sei der Sinn für Zusammenhalten gerade besonders stark entwickelt.“

Der Schuß traf ins Schwarze. Denn wie jeder anständige Jude war Ben Lewis insgeheim stolz auf sein Blut.

„Aber was hat denn meine Frau mit der ganzen Sache zu schaffen?“ lenkte er ab. „Warum ließen Sie die nicht aus dem Spiel? Es sollte doch genügen, meine ich, wenn Sie mich bekämpfen.“

„Wundern über die Frauen der Ausgesperrten verschont, als ihre Männer keinen Lohn mehr heimbrachten? Und was das Kämpfen anlangt“ — Joan konnte sich eines Lächelns nicht erwehren — „so besorgte es bis jetzt vor allem Mrs. Lewis... noch dazu mit Hunden.“

„Ich bedaure diesen Vorfall ungemein, Miß Craig. Meine Frau, die von Natur ein sehr hitziges Temperament besitzt, hatte sich gestern morgen schon aufgeregt, weil die Führerleute aus Sympathie mit den Ausgesperrten den Transport der für das Gartenfest nötigen Stühle verweigerten.“

„Ich glaube, daß Ihre Frau Gemahlin sich unter den obwaltenden Umständen die Sorge für extra Stühle ersparen darf“, meinte Joan mit besonderer Höflichkeit.

Lewis zog seinen Stuhl näher heran und bohrte seine dunklen Augen in die des jungen Mädchens.

„Veranlaßten Sie Hauptmann Blain zu dem Besuch bei meiner Frau?“

„Ja.“

„Veranlaßten Sie den Artikel im Standard?“

„Ja.“

„Und was gedanken Sie weiter zu tun?“

„Falls die ausgesperrten Leute nicht am Tag vor dem Gartenfest wieder an ihren alten Plätzen in den Werkstätten stehen, wird dieses Schreiben im Standard veröffentlicht werden.“ Sie zog aus ihrer Handtasche Lady Hastings' Brief und reichte ihn ihrem Gegner.

Lewis überflog die Zellen.

„Das drückt der Herausgeber nicht ab. Ich werde dem Herrn schon ein Licht aufstecken.“

„Meinen Sie? Sir George Hastings besitzt sechzig Prozent der Standardaktien. Wie hoch beläuft sich Ihr Anteil?“

„Donnerwetter! ... Ich würdige Ihre Geschicklichkeit, dies alles ausgeklügelt zu haben, aber Ihre Leute bekommen deswegen noch immer keine Arbeit. Meinetwegen mag das Gartenfest meiner Frau in die Brüche gehen.“

„Wird es Ihrer Gattin gefallen, von der Gesellschaft geschnitten zu werden?“

„Shireports Gesellschaft steht nicht auf Seite der Ausgesperrten.“

„Mr. Lewis, zwischen den Ausgesperrten und Lady Hastings, die lediglich gegen die Behandlung Hauptmanns Blains, eines Freundes Ihres toten Sohnes, von seiten Ihrer Gattin protestiert, fehlt jeglicher Zusammenhang.“

„Dann wird Lady Hastings auch nicht kommen, selbst wenn ich mich zum Nachgeben entschliesse.“

„Da bin ich anderer Meinung. Falls Hauptmann Blain sich darum bemüht, wird sie kommen. Rufen Sie jetzt Ihre Gattin an, um ihr das mitzuteilen.“

„Aber nachdem sie in einer derartig beleidigenden Weise...“

„Ueberlassen Sie es nur ganz getrost mir, dies in Ordnung zu bringen“, schnitt sie ihm das Wort ab. „Man findet schon eine plausible Entschuldigung — etwa daß die scharfen Hunde gegen ihren Willen losstürmten oder irgend etwas dergleichen. Denken Sie, wie Ihre Gattin erfreut sein würde, wenn vielleicht Hauptmann Blain an der Festlichkeit teilnähme.“

Ganz konnte Joan nicht klug werden aus dem Blick, den Ben Lewis ihr zuwarf.

„Ich werde meiner Frau telephonieren“, sagte er kurz und verließ das Zimmer. Als er zurückkehrte, strahlte er. Sein Aergor und Groll hatten der Liebenswürdigkeit ihrer ersten Unterredung Platz gemacht. „Dem Himmel sei Dank, sie ist wieder verträglich. Jetzt darf ich Ihnen wohl verraten, daß sie mir heute morgen die Hölle heiß gemacht hat... Miß Craig, ich habe es so dargestellt, als verdanke sie mir die Regelung dieser un-

angenehmen Affäre — hoffentlich haben Sie nichts dagegen.“

„Durchaus nicht. Streichen Sie sich nach besten Kräften heraus.“

„Und die Sache mit dem Standard? Werden Sie die ebenfalls einrenken?“

„Von hier aus gehe ich stracks zur Redaktion.“

„All right. Dann teilen Sie den alten Arbeitern mit, daß sie morgen antreten können, und obwohl ich für die neuerliche Umstellung etwas Zeit benötige, sollen trotzdem die vollen Löhne gezahlt werden. Brauchen Sie ein schriftliches Abkommen?“

„Nein, Mr. Lewis. Es handelt sich nicht um Mitglieder meiner eigenen Gewerkschaft, und überdies genügt mir Ihr Wort.“

Lewis erhob sich aus seinem Sessel.

„Auf Wiedersehen, Miß Craig“, sagte er mit beiden Händen ihre Hand umfassend, „und das nächste Mal hoffentlich nicht als Gegner. Werde ich Sie auch auf dem Gartenfest begrüßen können?“

„Besser nicht.“

„Vielleicht haben Sie recht“, lächelte er.

XX

Am Nachmittag des Gartenfestes saß Joan im Speisezimmer ihres Hotels, trank Tee, und überhaup etwas zu tun, und fühlte sich nach der Aufregung der letzten Tage doppelt allein. Die Ausgesperrten der Lewiswerke waren an ihre Arbeit zurückgekehrt. Sie wunderten sich nicht wenig über den jähren Wechsel in ihrem Geschick, doch Joan konnte ihnen, obwohl sie herzlich gern ihre lachenden Gesichter gesehen hätte, mit Rücksicht auf Mr. Lewis nicht den wahren Sachverhalt verraten, sondern beschränkte sich darauf, allen Neugierigen nur immer wieder zu erklären, daß sie mit ihren Verhandlungen Erfolg gehabt habe. Glücklicherweise begnügte sie sich mit neuen Fragen bedrängte, den Fehler, Joan persönlich anzugreifen. Das entfachte die Wut der Männer. Zum Tausch, sie standen wieder an ihren alten Posten — was brauchte er da zu nörgeln, wie es erreicht wurde. Und die Versammlung schloß mit einem herzlichen Dankesvotum an Joan.

Die Morgenausgabe des Standard, der eine sehr geschickt abgefaßte, sehr plausibel klingende Erklärung des peinlichen Vorfalls brachte, glättete die letzten Wogen der Erregung, und in Begleitung Lady Hastings hatten sich sowohl Gerald Blain als auch Alario Martin zu dem Gartenfest der sanften Rose Lewis beggeben. Nach Fertigstellung eines angemessenen Berichts für die Presse und einer privaten Schilderung der Vorgänge an William Royd hatte das junge Mädchen nur noch auf Blain zu warten, der sie nach Leeds zurückfahren wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Rundfunkhörer der Eisernen Front!

Wenige Wochen nationalistischer Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem kitschigen Verdummungsmittel werden zu lassen. Die Nationalsozialisten, die auszogen, den Rundfunk zum „Kulturinstrument“ zu gestalten, bilden ihn um zur Schimpftribüne.

Unter der Freiherrn-Parole „Ausmerzungen aller undenschen fremden Einflüsse“, wird der gesamte Rundfunk gegen den Willen der werktätigen Hörer umorganisiert. Die Vertreter eines freien Volksrundfunks sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Man will unter sich sein.

Kein aufrechter Republikaner, kein Sozialist, kein Gewerkschafter, kein Arbeitersportler, kein Freidenker, kein Arbeiterdichter, kein Arbeiterführer soll mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon. Das verstehen die Nationalsozialisten unter „Deutsch der Rundfunk!“

Rundfunkhörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühr weiter gefallen lassen? Nein! Aber wilde Hörerstreiks sind wertlos, daher schädlich und abzulehnen. Die berechnete Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedachten Abseidung vom Rundfunk führen. Sie muß vielmehr der Stärkung der Front werktätiger Rundfunkhörer dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk!

Die Notwendigkeit einer Lebensreform

Von Stadtmedizinalrat Dr. med. Marloth, Leipzig.

Mit weltwirtschaftlichen und politischen Umwälzungen wird, so lehrt die historische Erfahrung, auch die menschliche Existenzstellung zur körperlichen und seelischen Form gestellt.

Der früher als verachtete Vegetarier, zu dem sich der Hochstand der Gesellschaft bereits als „organischer Gesundheitsförderer“ zur Nachkommung die Schwärmer für Freiluftkörperkultur einen Mangel an Aesthetik, wenn nichts „unmenschliches“ vorgeworfen wird, ist heute bereit zu der für unsere Gesundheit allen Alters so wichtigen Abhärtung der menschlichen Haut- und Körperorgane. Der für das Wachstum unserer Jugend so wertvolle und unsere Lebensführung günstig verändernde körperliche und seelische Auftrieb durch die Leibesübungen, die von vielen im höheren Alter noch ungenügend in den Alltag eingereicht werden, wirkt sich bekanntlich arbeitsfördernd und lebensverlängernd aus. Schon spricht man von freiwilligen, zeitlichen Entbehrungskuren aus Gesundheitsrücksichten durch verminderten Genuß von Eiweiß, Alkohol und Nikotin, und manches andere mehr könnte hier erwähnt werden. Doch alle diese Bestrebungen für die neuzeitliche Lebensreform werden nur dann von Vorteil und zur Erstarkung für unsere jetzige

mit diese den Kampf erfolgreich führen kann gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk! für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörschaft! für eine dem werktätigen Volke würdige Rundfunkgestaltung!

Hier abtrennen und in 4-Pf.-Umschlag an den Arbeiter-Radio-Bund Deutschlands e. V., Berlin SW 61, Gitschiner Straße 93, einsenden.

Ich bin bereit, die vom Arbeiter-Radio-Bund im Rahmen der Eisernen Front zu treffenden Kampfmaßnahmen zu unterstützen und erkläre meinen Anschluß an die Front werktätiger Rundfunkhörer beim Arbeiter-Radio-Bund.

Name: Wohnort:

Straße: Leser welcher

Rundfunkzeitschrift

Bitte leserlich anfüllen. Ein Beitrag wird von dem einzelnen Rundfunkhörer, der sich der Front werktätiger Rundfunkhörer anschließt, nicht erhoben.

liche und volkswirtschaftliche Entwicklung dieser notwendigen und nicht aufzuhaltenden Körper- und Lebensreform schafft sich selbst breite Basis, deren Auswirkung allen zugute kommen wird. Es wird die Pflicht eines jeden sein, hier mitzuhelfen. Einen notwendigen und sehr wertvollen Ueberblick über das deutsche Reformergebnis verschafft die im Zusammenhang mit der Leipziger Herbstmesse 1932 (28. August bis 1. September) stattfindende „Schau der Reformarbeit“, die dem Fabrikanten neue Absatzwege erschließen und dem Handel zusätzliche Verkauf- und Verdienstmöglichkeiten geben wird.

Schriften und Bücher

Junge Frau von 1914. Arnold Zweig, dessen großer Roman „Der Streit um den Sergeanten Grischa“ als eines der besten Bücher der Kriegszeit bezeichnet wurde, hat die Absicht, einen Romanzyklus zu schreiben, von dem der „Grischa“ nur ein Teil sein soll. Jetzt ist das zweite Buch dieses Zyklus, „Junge Frau von 1914“, in Leinen sorgfältig ausstattet, Preis 2,70 RM, bei der Büchergilde Gutenberg, die bereits den „Grischa“ in einer Nebenausgabe für ihre Mitglieder herausgebracht hat, erschienen. Der Soldat Berlin, im „Grischa“ ein Nebenfigur, rückt hier zu einer tragenden Romanfigur auf. Er ist der Geliebte und später der Gatte dieses jungen Mädchens, dieser späteren „Jungen Frau von 1914“.

Ein junges Mädchen mit höherer Schulbildung ist die Freundin eines jungen Schriftstellers, dessen Bergebau bereits Ausehen erregt. Aber der junge Berlin hat vorläufig keine Gelegenheit, die in ihn gesetzten Hoffnungen zu erfüllen. Er wird eingezogen, wird Armeesoldat und kommt schließlich in den Frontbereich. Kurz vor seinem Abmarsch ins Feld swingt er sein Mädchen, sich ihm hinzugeben. Ehe das junge Ding begreift, was mit ihm vorgegangen ist, wird es vom Schicksal in die Zange genommen.

Dieses junge Weib muß erst einen schweren Konflikt überwinden. Sie fühlt sich von dem männlichen Egoismus mißbraucht und mißhandelt. Aber dann bricht ihre zügelte weibliche Natur durch, sie benutzt eine glückliche Situation, holt sich ihren Freund durch einen Heiratensraub von der Front und bürgert den Angehörigen einer mittellosen Klasse mit Geschick und lugendlicher Unbekümmertheit an den Tisch ihrer übermüdeten Eltern. Der Krieg donnert in diesem Buch nur in der Ferne. Die große Liebe, die der Dichter allen Figuren seines Romans entgegenbringt, ob sie ihm nahesteht oder ob er sie im Interesse seiner Hauptpersonen bekämpfen muß, diese große Liebe ist es, die auch dem neuen Buch von Arnold Zweig zu einem Erfolg verhelfen muß, der ein literarischer Erfolg und mehr: ein menschlicher Erfolg ist.

„Die Meuterei auf der Elsnora“. Die Büchergilde Gutenberg, die eine große Volksausgabe der Werke Jack London's für ihre Mitglieder herausgibt, hat jetzt den 27. Jack-London-Band erscheinen lassen. Das Kernstück des neuen Buches ist eine Umsiedlung des zerschlagenen Kap Horn, und diese Schreckenstafel wird mit allen Mitteln der Erzählungskunst eines Jack London dargestellt. Infolge der unerhörten Anstrengung der Mannschaft und der Anstrengung des ersten Schiffsoffiziers bricht eine Meuterei aus der „Elsnora“ aus. Einige Wochen lang herrscht auf dem hilflos treibenden Schiff offener Krieg, bis es schließlich gelingt, die Meuterei durch Hunger und List niederzuschlagen. Erst auf den letzten Seiten der Erzählung schließt mit einem rechtzeitigen Happy end. Die Jack-London-Bücher der Büchergilde Gutenberg sind geschmackvoll in Leinen gebunden und werden zum Preise von 2,70 RM an die Mitglieder dieser Gemeinschaft werktätiger Buchleser abgegeben.